



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

30. hét

2018.07.23.

ZUSAMMENFASSUNG

- Das ungarische Parlament hat noch im Vorfeld der Herbstsitzungsperiode, am vergangenen Freitag den Haushaltsplan für das Jahr 2019 verabschiedet. Das Haushaltsgesetz weicht weder in seinem Aufbau noch in seiner Struktur von der in den jüngsten Jahren ausgestalteten Praxis ab.
- In Israel kam es im Verlauf der vergangenen Woche zu außerordentlich wichtigen bilateralen Gesprächen. Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu und Ministerpräsident Viktor Orbán zeigten Übereinstimmung in den behandelten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.
- Die Ungarische Nationalbank hat in 180 Punkten die Entwicklung der heimischen wirtschaftspolitischen Prozesse beziehungsweise ihre eigenen Reformvorschläge zusammengefasst. Ziel ist die Gewährleistung einer langfristigen und nachhaltigen Entwicklung.
- Die Grundbezüge der Abgeordneten erhöhen sich im Zuge einer Modifizierung zum Haushaltsgesetz um 27 Prozent. Daneben steigen ebenso die Bezüge der Fraktionsvorsitzenden und weiterer Politikrepräsentanten.
- Die Europäische Kommission hat in der vergangenen Woche beschlossen, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einzuleiten, nachdem das hiesige Parlament das sog. „Stop Soros“-Gesetzespaket verabschiedete. Im Zusammenhang mit dieser Sache darf mit langwierigen Debatten hinsichtlich Souveränität und Rechtsauslegung gerechnet werden.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DAS PARLAMENT HAT DEN HAUSHALTSPLAN FÜR 2019 VERABSCHIEDET

Bei der Schlussabstimmung des Haushaltsgesetzes für das kommende Jahr stimmten unter den anwesenden Abgeordneten 128 dafür und 56 dagegen. Wie zu erwarten war, unterstützten die Oppositionsabgeordneten die Vorlage nicht, selbst wenn diese auf zahlreichen fachpolitischen Gebieten mehr Ressourcen zur Lösung der spezifischen Probleme bereitstellt.

Die Eckzahlen der Hauptkapitel des Haushaltsplans lauten wie folgt:

- Die Gesamteinnahmen sind mit 19 580,097 Milliarden Forint geplant, die Gesamtausgaben mit 20 578,531 Milliarden Forint, das Defizit des Staatshaushalts mit 998 433,9 Millionen Forint, was 1,8 Prozent am BIP sein dürften (0,6 Prozentpunkte weniger, als mit dem Defizitziel für 2018 vorgegeben),
- die Schuldenrate der Staatsschulden wird mit 70,3 Prozent eingeplant, wonach diese Rate 2019 um 2,6 Prozentpunkte sinken würde, während der Devisenanteil der Staatsschulden auf 18 Prozent fallen dürfte (der Anteil der Devisenschulden erreichte 2011 noch 50 Prozent),
- die Prognose hinsichtlich des Wirtschaftswachstums beläuft sich auf einen BIP-Zuwachs um 4,1 Prozent.

Bei der Planung eines jeden Budgets lautet eine grundsätzliche Erwartungshaltung der Gesellschaft, dass die Rahmenbeträge für die einzelnen fachpolitischen Felder steigen sollen. Der Haushaltsplan für 2019 hat auf zahlreichen Gebieten die staatlichen Ausgaben erhöht, wodurch die durch diese Maßnahmen betroffenen Prioritäten definiert wurden:

- für Verteidigungszwecke gibt die Regierung 86 Milliarden Forint mehr aus, als noch 2018, damit die diesbezüglichen Ausgaben in Übereinstimmung mit den Zusagen Ungarns gegenüber der NATO bis spätestens 2026 auf zwei Prozent am BIP gestiegen sein werden,
- im Kapitel des Gesundheitswesens stehen 101 Milliarden Forint zusätzlich bereit, wo unter anderem die Medikamentenzuschüsse sowie die Rahmenbeträge für Entwicklungsprojekte der Infrastruktur zunehmen,
- ein weiteres sensibles Gebiet ist die Finanzierung des Bildungswesens: Wie der Staatssekretär für Bildungspolitik, József Bódis, ausführte, fließen 2019 insgesamt 159 Milliarden Forint mehr für diesen Fachbereich, darunter 29 Milliarden mehr für die Grundschulen, 38 Milliarden zusätzlich für die Mittelschulen und 40 Milliarden Forint mehr für die Hochschulausbildung. Das bedeutet unterm Strich, dass der Staat für Bildungszwecke im Vergleich zu 2010 im Jahre 2019 insgesamt 587 Milliarden Forint mehr Ressourcen bereitstellen wird.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

INNERHALB EINES JAHRES TRAFEN DIE REGIERUNGSCHEFS ISRAELS UND UNGARNS ZUM ZWEITEN MAL ZUSAMMEN

Nach 2017 kam es auch 2018 wieder auf höchster Ebene zu bilateralen Gesprächen zwischen den Regierungschefs Israels und Ungarns. Der Kontakt wurde zum Auftakt des ungarischen V4-Vorsitzes angebahnt – zum ersten Mal seit 1989. Ähnlich wie Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz traf auch

Ministerpräsident Viktor Orbán während seines Israel-Besuchs nicht mit Vertretern Palästinas zusammen.

Im 70. Gründungsjahr des Staates Israel suchte die ungarische Delegation den Staat im Nahen Osten auf. Der ungarische Ministerpräsident führte Gespräche mit Regierungschef Benjamin Netanjahu, Staatspräsident Reuven Rivlin und Oberrabbiner David Lau. Aus geopolitischer Sicht ist es wichtig, dass sich die Großmächte der Welt ihre Erfolge und den Frieden nicht streitig machen, was zugleich Unterpfand des Erfolgs von Ungarn und Mitteleuropa ist. Das wichtigste politische Ergebnis der Verhandlungen sind jedoch erstarkende bilaterale Beziehungen der beiden Länder sowie die umfassende Widerlegung der früher verkündeten antisemitischen Anschuldigungen. Bekanntlich wurden die ungarische Regierung, aber vor allem Viktor Orbán wiederholt des Antisemitismus beschuldigt. Die jüngsten Angriffe hingen mit folgender Aussage bei der Übergabe des Klebelsberg-Gedenkortes und Gasthauses im vergangenen Jahr zusammen:

„Dass uns die Geschichte nach dem verlorenen Weltkrieg, den 133 Tagen des Roten Terrors und dem Diktat von Trianon nicht unter sich begraben hat, nun das haben wir einigen Ausnahme-Staatsmännern zu verdanken. Namentlich Reichsverweser Miklós Horthy, Ministerpräsident István Bethlen und Minister Kuno Klebelsberg. Ohne den Reichsverweser gäbe es nicht diesen Ministerpräsidenten, ohne diesen Ministerpräsidenten nicht diesen Minister...“

Mit dem Besuch von Benjamin Netanjahu im vergangenen Jahr und dessen nunmehr erfolgter Erwidern gab die ungarische Regierung den Vorwürfen, die sie als antisemitisch hinstellten, eine schallende Antwort. Auf der Pressekonferenz sprach Viktor Orbán von einer Nulltoleranz gegenüber dem Antisemitismus und der Achtung des Budapester Judentums. Wichtige gemeinsame Punkte waren die gleichlautende Beurteilung der Person von George Soros ebenso wie das Vorhandensein eines gemeinsamen Nenners auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik. Israel ist eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, die sich rasant entwickelt, was für die digitale Industrie genauso wie für den F+E-Bereich zutrifft, weshalb die politische Führung der Ansicht ist, dass es sich lohnt, die Beziehungen zwischen den beiden Nationalstaaten enger zu knüpfen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE UNGARISCHE NATIONALBANK HAT IN DER VERGANGENEN WOCHE EIN PAKET AN DETAILLIERTEN VORSCHLÄGEN GESCHNÜRT

Die wichtigste Zielstellung der 12 Dimensionen in den Fokus rückenden Ideensammlung mit ihren 180 Punkten lautet, die langfristige und nachhaltige Modernisierung der Volkswirtschaft Ungarns sicherzustellen. Die Verfasser des von der Ungarischen Nationalbank vorgelegten Dokuments möchten unabhängig von den Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld die „Falle der mittleren Einkommen“ – „middle income trap“ – vermeiden.

Die primäre Aufgabe und Zielstellung der Ungarischen Nationalbank (MNB) lautet, mit ihrer monetären Politik die Inflation auf einem niedrigen Niveau zu halten und die Preisstabilität zu bewahren. Darüber hinaus verfolgt die MNB aber auch die Entwicklung der Prozesse in der Volkswirtschaft mit Aufmerksamkeit. Ihre früher präsentierten Vorschläge sollten in diesem Sinne die langfristige Entwicklung der verschiedenen Untersysteme der Volkswirtschaft gewährleisten.

Unter den ungezählten Vorschlägen der MNB lohnt es sich, die wichtigsten Veränderungen hervorzuheben, die konkrete Themenbereiche ansprechen:

- der Betrieb des Staates muss rationeller gestaltet werden, indem die Ausmaße der Schattenwirtschaft zurückgedrängt werden, die von 22 auf 18 Prozent verringert werden muss, wofür im Zuge der Ausweitung des elektronischen Straßenfrachtkontrollsystems (EKÁER) und des Bürokratieabbaus Möglichkeiten bestehen,
- in der Publikation genießt das auch durch die Regierung als Zielstellung definierte Erreichen der Vollbeschäftigung Priorität, was durch eine fortgesetzte Senkung der Steuerbelastung auf Arbeit sowie der Besteuerung von Einkommen angeregt werden soll, wie der Arbeitsmarkt des Weiteren auch durch das Heimlocken der im Ausland tätigen Ungarn entspannt werden soll, nachdem die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter Schätzungen zufolge bis 2030 um 570.000 Personen abnehmen dürfte,
- im Zusammenhang mit der oben genannten Dimension bedarf es einer demographischen Wende, ist auch die Notenbank der Meinung: europaweit stellt es sich als Problem dar, dass nirgendwo die für die Reproduktion der Gesellschaft erforderliche Reproduktionsrate von 2,1 erreicht wird,
- damit sich die gesund verbrachten Jahre der arbeitsfähigen Bevölkerung mehreren können – so dass auf diese Weise auch die Produktivität der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung zunehmen kann –, bedarf es einer Revision der Finanzen im Gesundheitswesen: So müssen die unmittelbaren Gesundheitsausgaben der Privathaushalte von 28 auf 18 Prozent gesenkt und die 2004 eingeführten Beschränkungen des Leistungsumfangs überprüft werden.

Abgesehen von den oben genannten Maßnahmen enthält der Entwurf der MNB Überlegungen, um die Strategien zu Innovation, Klein- und mittelständischen Unternehmen, zur Industrie sowie zum Energiebedarf der Bevölkerung zu überdenken. Die unter Leitung von György Matolcsy stehende Institution beabsichtigt, im September einen umfassenden Aktionsplan vorzulegen, der auf sämtliche Problemstellungen eingeht.

PARTEIPOLITIK

DIE FRAGE STEIGENDER BEZÜGE DER ABGEORDNETEN HAT DIE OPPOSITION GESPALTEN

Die steigende Bezüge der Parlamentsabgeordneten herbeiführende Veränderung war jenes Element in den Gesetzesvorlagen zum Staatshaushalt 2019, welches die Oppositionsparteien am stärksten spaltete. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen für die Vorlage, wohingegen in den Oppositionsreihen keine Fraktionsdisziplin zu bemerken war.

Die Idee steigender Bezüge aufzuwerfen und deren gesetzliche Regelung zu ändern, war ein politisch riskanter Schritt von Seiten Fidesz-KDNP. Früher nämlich konnten die Vertreter der Oppositionsparteien sowie deren Parlamentsfraktionen derartige, weniger populäre Modifizierungen leicht zu Attacken gegen die Regierungsparteien ausnutzen. Bei der Abstimmung in der vergangenen Woche wiederum gelangten jedoch – gerade wegen der Verunsicherung der politischen Kräfte im Oppositionslager – in erster Linie deren gescheiterter Versuch zur Ausgestaltung

eines gemeinsamen Standpunktes und ihre strategische Handlungsunfähigkeit in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Das Parlament stimmte schließlich mit 163 Stimmen bei 23 Gegenstimmen und 1 Enthaltung für die Anhebung der Vergütungen der Abgeordneten. Neben Fidesz-KDNP stimmten auch der Repräsentant der deutschen Minderheit im Parlament, alle anwesenden Abgeordneten der Jobbik, fünf Mitglieder der Fraktion der MSZP sowie der sozialistische Politiker Sándor Burány für die Vorlage. Gegen diese Vorlage stimmten die Fraktionen der LMP und der DK sowie die vier weiteren Abgeordneten der Párbeszéd-Fraktion, aber auch die fraktionslosen Abgeordneten Dóra Dúró und Ákos Hadházy. Ihrer Stimme enthielten sich 5 anwesende MSZP-Politiker sowie die Liberale Anett Bósz.

Im Sinne der Gesetzesänderung steigen die Grundbezüge der Abgeordneten um netto 200.000 Forint monatlich, woraufhin ihre bislang mit 748.000 Forint bewilligten Bezüge künftig 948.000 Forint im Monat erreichen. Fraktionsvorsitzende können doppelt so viel verdienen, die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden etwas mehr als das Anderthalbfache der Grundbezüge.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

GEGEN UNGARN WURDE EIN VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN EINGELEITET

Die Europäische Kommission hat einzelne Bestimmungen des Stop Soros-Gesetzespakets kritisiert und in der vergangenen Woche beschlossen, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. In Verbindung mit dieser Entscheidung kann davon ausgegangen werden, dass diese Angelegenheit mit ungarischem Bezug ebenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof landen wird, nachdem die Standpunkte der Kommission und der ungarischen Regierung grundlegend auseinanderklaffen.

Das Parlament verabschiedete am 20. Juni 2018 das Stop Soros-Gesetzespaket. In der Siebten Grundgesetzänderung Ungarns wird festgehalten, dass die Suprematie des Rechtssystems der Europäischen Union grundsätzlich auch in Ungarn zur Geltung kommt, wobei die Ausübung von Rechtsbefugnissen der Gemeinschaft im Einklang mit dem nationalen Recht Ungarns in Hinsicht auf dessen territoriale Integrität, seine Bevölkerung, Staatsform und Verfassung stehen muss. Demzufolge kann das Selbstbestimmungsrecht Ungarns beispielsweise hinsichtlich der Zusammensetzung seiner Bevölkerung nicht einmal durch das Gemeinschaftsrecht überstimmt werden. Aus diesem Grunde ist zukünftig mit Debatten bezüglich Souveränität und Rechtsauslegung zu rechnen, bevor der Europäische Gerichtshof das letzte Wort sprechen wird. Parallel gelangt ein weiteres, früher eingeleitetes Verfahren in Verbindung mit der ungarischen Regelung des Asylrechts vor den Europäischen Gerichtshof.